

Bericht zur Sommersession 2026

Autor: Carlos Reinhard, Fraktionspräsident FDP.Die Liberalen
Datum: 15. Juni 2026

Sitzungszeiten (Grundlage als FDP-Vertreter und ohne Kommissionssitzungen)

Tag	Datum	Sitzungskategorie	Stunden
DO		Fraktion	6.50
FR		Fraktion	2.50
MO		Fraktion	3.00
MO		Grossrat-Parlament	3.00
DI		Grossrat-Parlament	5.75
MI		Grossrat-Parlament	7.75
DO		Grossrat-Parlament	3.75
MO		Fraktion	2.00
MO		Grossrat-Parlament	3.00
DI		Grossrat-Parlament	7.75
MI		Grossrat-Parlament	5.25
Total Sitzungszeit (ohne Kommissionen und Unterlagenstudium)			50.25

Einige Statistiken zur Session

Anzahl Ordnungsanträge	4	Anzahl Traktanden Verhandlung	136
Anzahl Anträge, Planungserklärung	21	Total Traktanden (inkl. IP)	184
		Anzahl Vereidigungen	172
Anzahl Stichentscheide GR-Präsident	1	Anzahl Wahlen (inkl. Justizneuwahlen)	42
Anzahl Abstimmungen	169	Davon FDP-Likes 😊 (Abst.-Gewinne)	156
Anzahl freie Debatte	97	Anzahl Reduzierte Debatten	39
Anzahl organisierte Debatten	0	Anzahl Wandlungen Motion-Postulat	21
Zurückgezogene Vorstösse/Anträge	7	In die nächste Session verschoben	0

Aktuelle Zusammensetzung der Fraktionen

Fraktionen								
Sitze	18	51	36	17+1 AL	15	9	8	5

Total der Sitze: 160

Aktuelle Positionierung der Fraktionen im Grossrat Kanton Bern



Fraktionssitzungen

In der letzten Legislatur traf sich die FDP-Fraktion zweimal im Hotel Kemmeriboden zur Fraktionssitzung mit Übernachtung. Der Ort entwickelt sich ein wenig zum traditionellen FDP-Teambuilding-House". So lag es auf der Hand, dass sich die "neue" FDP-Fraktion zum gemeinsamen Start auch wieder im tiefen Emmental getroffen hat. Nach den Sessionsthemen konnten wir uns auch privat ein wenig austauschen und sich kennen lernen. Das Wetterglück blieb uns dieses Mal treu und wir konnten am Donnerstag einen wunderbaren Abend draussen geniessen.



Zusammensetzung der FDP-Fraktion

In dieser Session umfasst der Grosse Rat nur 159 Mitglieder. Maurice Paronitti (FDP/Biel) darf sein Amt erst am 1. Oktober antreten. Er Richter am Regionalgericht in Biel, wird aber Ende September pensioniert. Obwohl die Staatskanzlei bei der Beantwortung einer Anfrage vor den Wahlen, von einer Übergangslösung ausgegangen war, seien die Ämter als Richter und als Grossrat unvereinbar, meint das kantonale Obergericht. Sehr unglücklich für Paronitti und die Partei.

Konstituierung der Präsidien und Kommissionen

Eröffnet wurde die neue Legislatur im Berner Rathaus durch Anita Herren (Die Mitte/Rosshäusern). Als amtsältestes Ratsmitglied war sie Alterspräsidentin. Diese kommt zum Zug, wenn der Grosse Rat noch nicht konstituiert ist. Anne Speiser (SVP/Zweisimmen) ist für ein Jahr die "höchste Bernerin". Der Grosse Rat hat sie zum Auftakt der neuen Legislatur mit dem Glanzresultat von 157 Stimmen zu seiner Präsidentin gewählt. Als 1. Vizepräsidentin wurde Katharina Baumann (EDU/Münsingen) bestätigt.

Der Grosse Rat wählte den Burgdorfer Michael Ritter (GLP) zum zweiten Vizepräsidenten. Leider erfolglos kandidierte Christoph Zimmerli (FDP/Bern) und unterlag dem GLP-Kandidaten. Es ist leider festzustellen, dass die bürgerlichen Partner unseren Kandidaten nicht unterstützt haben, obwohl noch im Ratssaal alle bürgerlichen Fraktionen zu hundert Prozent die Unterstützung zugesichert haben. Das Resultat war so deutlich, dass anzunehmen ist, dass mehr als ein Drittel der bürgerlichen Partner uns im Stich gelassen haben.

Der Grossrat hat auch die Präsidien der Regierung gewählt. Pierre Alain Schnegg (SVP) präsidiert die Regierung bis Sommer 2027. Astrid Bärtschi (Die Mitte) wurde als Vizepräsidentin gewählt. Der Staatsschreiber Christoph Auer, sowie der Generalsekretär Patrick Trees (Mitglied der FDP/Die Liberalen) wurden für die neue Legislatur bestätigt. An dieser Stelle gratuliere ich Patrick herzlich zur Wahl.

Zum Abschluss des ersten Tags wurden die Mitglieder der Kommissionen gewählt. Da drei Fraktionen gemäss Proporzberechnungen, zwei Restsitze verfügbar hatten, musste das Los entscheiden, welche Fraktion in dieser Legislatur auf einen Sitz verzichten musste. Das Los meinte es mit der FDP nicht gut und wir haben nun gegenüber dem Proporzanspruch einen Sitz eigentlich zu wenig.

Umstritten war einzig das Präsidium der Gesundheits- und Sozialkommission (GSok). In einer Kampfwahl setzte sich Daniel Arn (FDP) gegen Manuela Kocher Hirt (SP) durch. Die SP griff das bisherige Präsidium der FDP an.

Die Mitglieder der FDP-Fraktionen sind nun wie folgt in den Kommissionen:

Kommission	Mitglied	Ersatz
Finanzkommission (FIKO)	Carlos Reinhard Sibylle Plüss-Zürcher	Aufsichtskommissionen haben keine Ersatzmitglieder.
Geschäftsprüfungskommission (GPK)	Laura Bircher Pauline Pauli	Aufsichtskommissionen haben keine Ersatzmitglieder.
Justizkommission (JUKO)	Corentin Jeanneret Bruno Riem (Vizepräsident)	Aufsichtskommissionen haben keine Ersatzmitglieder.
Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen (SAK)	Claudine Esseiva Virginie Heyer	Laura Bircher Stefan Nobs
Bildungskommission (BIK)	Stefanie Barben Andreas Wyss	Peter Aeschimann Virginie Heyer
Gesundheits- und Sozialkommission (GSok)	Daniel Arn (Präsident) Hans Schär	Sandra Hess Andreas Wyss
Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission (BaK)	Peter Haudenschild Stefan Nobs	Peter Aeschimann Claudine Esseiva
Sicherheitskommission (SIK)	Sandra Hess	Bruno Riem

Wahlen in die Justizbehörden

Erfreulicherweise konnte Isabelle Mieschler (FDP/Bern) den freiwerdenden Sitz im Obergericht (französischsprachigen Mitglieds für das Obergericht) besetzen. Herzliche Gratulation und viel Erfolg Isabelle.



Sessionsbeschlüsse

Das Sessionsprogramm und Beschlüsse sowie das Videoarchiv sämtlicher Voten der vergangene Sommersession, findet man mit dem folgenden Link:

<https://www.gr.be.ch/de/start/sessionen/sommersession-2026/sessionsprogramm.html>

Bemerkungen zu einigen ausgewählten Traktanden

Quelle einzelner Textinhalte: Grossrats-Webseite Kanton Bern und swissinfo.ch

Hier eine Zusammenfassung der Entscheidungen im Telegrammstil:

- mit 115 zu 32 Stimmen ein Postulat der Mitte überwiesen, das auf mehr Transparenz bei der Arbeit der vorberatenden Kommissionen abzielt. So sollen künftig die Sitzungstermine und eine vereinfachte Traktandenliste im Internet publiziert werden. Noch 2014 hatte der damalige Grossrat explizit das Gegenteil beschlossen, weil die Mitglieder der Kommissionen oft vor den Kommissionssitze "bearbeitet" wurden.
- ein Postulat von Tamara Jost-Morandi (GLP) mit 128 zu 21 Stimmen überwiesen: Das Ratsbüro prüft, ob künftig eine einzige Grossratskommission für Informatik und Digitalisierung zuständig sein soll.
- einstimmig den Tätigkeitsbericht 2025 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis genommen.

- die Revision des Organisationsgesetzes (OrG) diskussionslos unter Dach gebracht. Die Vorlage wurde nach der zweiten Lesung mit 150 zu 0 Stimmen gutgeheissen.
- mit 83 zu 71 Stimmen eine Motion von Samuel Kullmann (EDU) für den Wechsel zum Proporz bei den Regierungsratswahlen abgelehnt. Die FDP war klar der Meinung, dass die Regierung weiterhin im Majorz gewählt werden sollte. Die Unsicherheiten sind zu hoch, wenn Ersatzwahlen während der Session im Majorz stattfinden müssen und dann durch den Proporz unverschuldete Abwahlen möglich sind.
- den Bericht des Regierungsrats zur Umsetzung seiner strategischen Ziele mit 148 zu 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.
- mehr Geld für die Ausbildung von Hausärztinnen und Hausärzten zur Verfügung gestellt. Dem Programm für Praxisassistenzen stehen in den kommenden fünf Jahren jeweils drei Millionen Franken zur Verfügung.
- mit 118 zu 36 Stimmen ein Postulat von Peter Gerber (Mitte) überwiesen. Der Vorstoss regt die Förderung interprofessioneller Austauschstage für die Ärzte- und Apothekerschaft an.
- mit 87 zu 62 Stimmen einen Vorstoss von Romeo Arnold (GLP) als Postulat überwiesen: Die Spermienqualität junger Männer soll systematisch erhoben werden – und zwar auf nationaler Ebene.
- Isabelle Miescher (FDP) und Benjamin Walser (SVP) ans Obergericht gewählt, Barbara Greiner (GLP) ans Verwaltungsgericht und Susanne Andenmatten (SP), Maria Luisa Hafner (Grüne), Kim Kislig (GLP) und Yannick Montavon (SVP) an die Regionalgerichte.
- drei Vorstösse aus den Reihen von SVP und Mitte zum Asylwesen abgelehnt. Sie forderten, dass betroffene Gemeinden ein Mitspracherecht erhalten, wenn der Kanton eine Asylunterkunft errichten will. Eine Annahme hätte dazu geführt, dass wiederum das unbeliebte, alte System eingeführt worden wäre.
- einstimmig den Geschäftsbericht 2025 mit der Jahresrechnung genehmigt. Die FDP. Die Liberalen haben erfolglos versucht, die vorsorgliche PFAS-Rückstellungen rückgängig zu machen. Der Abfallfond hat durch diese Rückstellung nun eine Verschuldung von fast einer halben Milliarde Franken und die Finanzierung ist noch nicht geklärt. Der Kanton geht davon aus, dass ca. 90 Parzellen des Kantons mit PFAS belastet sind, welche saniert werden müssen. Deshalb die Rückstellung von 390 Millionen Franken.
- mit 137 zu 0 Stimmen die Jahresrechnung des Lotteriefonds genehmigt.
- mit 138 zu 0 Stimmen die Jahresrechnung des Sportfonds genehmigt.
- eine Motion von Thomas Fuchs (SVP) mit 82 zu 64 Stimmen überwiesen: Der Regierungsrat soll den Bund bitten, nochmals ein Verbot der Antifa zu prüfen.
- eine Motion von Nils Fiechter (SVP) angenommen und gleich abgeschrieben: Verstösse gegen das nationale Verhüllungsverbot sollen konsequent verfolgt und geahndet werden.
- mit 117 zu 30 Stimmen eine Motion von Manuel C. Widmer (Grüne) überwiesen: Femizide sollen in der jährlichen Kriminalstatistik künftig gesondert als solche ausgewiesen werden.
- mit 94 zu 57 Stimmen ein Postulat von Adrian Spahr (SVP/Lengnau) überwiesen: Der Regierungsrat soll prüfen, ob bei Demos mit Gewaltexzessen ein Teil der Polizeikosten künftig

zwingend an Veranstalter und gewalttätige Teilnehmer überwältigt werden soll.

- eine Motion von Christoph Zimmerli (FDP/Bern) mit 86 zu 50 Stimmen bei 16 Enthaltungen überwiesen: Der Kanton Bern wird sich beim Bund mit einer Standesinitiative für eine Erhöhung der Militärausgaben einsetzen.
- mit 103 zu 53 Stimmen eine Motion von Annegret Hebeisen-Christen (SVP/Münchenbuchsee) überwiesen: Im Kanton Bern soll ein neues Verfahren für Fahrzeuge mit kleinen Mängeln eingeführt werden. Zertifizierte Garagen sollen selbst schriftlich bestätigen dürfen, dass sie einen bei einer Kontrolle entdeckten Mangel fachgerecht repariert haben. Fahrzeughalter können wählen, ob sie die Reparatur von der Werkstatt bestätigen lassen oder das Auto wie bisher offiziell nachkontrollieren lassen wollen. So soll das Strassenverkehrsamt entlastet werden.
- einstimmig den Kredit von rund 103 Millionen Franken für die Gesamtsanierung des Berufsbildungszentrums Biel (BBZ) genehmigt.
- einstimmig einen Kredit von 4,4 Millionen Franken genehmigt, der dem Archäologischen Dienst zugutekommt. Mit dem Geld wird das Behälterlager in Bern erweitert, in dem die archäologischen Funde aufbewahrt werden.
- einstimmig einen Zusatzkredit von rund 2,7 Millionen Franken für die Verstärkung des Hochwasserschutzes am Lamm- und Schwanderbach in den Gemeinden Brienz, Schwanden bei Brienz und Hofstetten bei Brienz genehmigt. Der Zusatzkredit ist erforderlich, weil neue Untersuchungen gezeigt haben, dass sich der Zustand einzelner Sperren im Lammbachgraben stärker verschlechtert hat als ursprünglich angenommen.
- mit 133 zu 21 Stimmen einen Kredit von rund 10,5 Millionen Franken für die neue Veloverbindung zwischen Oberburg und Hasle genehmigt.
- einstimmig mehrere Kredite für neue Schul- und Sporträume im Stadtberner Wankdorfcity-3-Quartier bewilligt.
- einstimmig für den Anschluss der Abwasserreinigungsanlage (ARA) Tramelan an die ARA Loveresse gestimmt.
- Die Wasserstrategie 2020 zurückgewiesen. Hauptkritikpunkt der FDP und weitere bürgerlichen Parteien waren angekündigte Aufstockung der Personalressourcen und voreilende Bürokratie. Die FDP forderte Kompensation dieser Stellen durch Abbau anderer Verwaltungsaufgaben.
- eine Motion aus den Reihen der SVP für den Erhalt des Simmewehrs in Teilen als Postulat mit 78 zu 77 Stimmen überwiesen. Den Stichentscheid fällte die Ratspräsidentin Anne Speiser (SVP).
- eine Motion von Sarah Gabi Schönenberger (SP), die den Schutz des Trinkwassers vor Pestiziden forderte, angenommen und sogleich abgeschrieben.
- eine Motion von Casimir von Arx (GLP) angenommen, welche die Liberalisierung der Bewilligung von Dachflächenfenstern forderte.
- eine Richtlinienmotion von Pauline Pauli (FDP) angenommen, welche die Aufhebung der Streichung von 17 Autoparkplätzen beim Bieler Gymnasium forderte.

- für eine Anpassung der Grundlagen für kleine Wasser-Wasser-Wärmepumpen gestimmt. Er nahm eine Motion von Roland Lüthi (GLP) deutlich an.
- die zweite Ziffer einer Motion von Simon Buri (GLP) deutlich angenommen, die die Aufhebung eines Zonenverbots für Amateurfunkantennen verlangte.
- mit 153 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung einen Investitionskredit von 37,5 Millionen Franken für die erstmalige Sanierung des Historischen Museums gesprochen.
- die Rechnung 2025 des Kulturförderungsfonds genehmigt.
- den Bericht der Regierung zur Umsetzung der Motion "Finanzierung der Hochschulen auf objektive Kriterien abstützen" einstimmig zur Kenntnis genommen.
- eine Motion aus den Reihen der FDP zum Thema Immobilienmanagement für die kantonalen Hochschulen als Postulat angenommen.
- vom Rückzug einer GLP-Motion zur Abschaffung des Frühfranzösisch erfahren. Dieser Vorstoss war schon erstaunlich, dass die GLP das Frühfranzösisch abschaffen wollte. Urheber dieses Vorstosses war ausgerechnet der neue 2. Vizepräsidenten des Grossen Rates. Ob seine Wahl zum Rückzug führte, kann ich nicht beurteilen.
- eine Motion von Casimir von Arx (GLP) als Postulat angenommen, welche die Neutralität an Schulen stärken will.
- eine Motion von Sandra Hess (FDP) zum Thema Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder angenommen.
- eine Motion von Karim Saïd als Postulat angenommen. Saïd forderte neue und sichere Zugänge zum Nidau-Büren-Kanal und an der Alten Zihl sowie ein generelles Überdenken der Nutzungsverteilung von Ufern und Gewässern zwischen privaten Booten und der Öffentlichkeit.
- gegen eine Einführung von Amtszeitbeschränkungen in den Regionalkonferenzen gestimmt. Er lehnte ein entsprechendes Postulat von Casimir von Arx (GLP) ab.
- eine Richtlinienmotion von Jan Remund (Grüne) angenommen, welche einen schnelleren Ausbau der Windkraft forderte.
- eine Motion von alt-Grossrätin Madeleine Amstutz (parteilos), welche eine Vereinfachung der Gesetzgebung für Kleinbauten in der Landwirtschaftszone forderte, teilweise angenommen und sogleich abgeschrieben.
- eine Motion zur Jagdrechtsrevision als Postulat überwiesen. Hans Schori (SVP) forderte einen Stopp der derzeit laufenden Revision und einen stärkeren Einbezug der Betroffenen.
- vom Rückzug einer Motion von Bruno Martin (EDU) erfahren. Martin hatte ursprünglich die Überarbeitung des Gesetzes über den Rebbau gefordert.
- eine Motion der Bau-, Energie-, Verkehrs- und Raumplanungskommission einstimmig überwiesen, welche eine Änderung des kantonalen Energiegesetzes forderte. Gemeinden sollen die Möglichkeit erhalten, generell einen erneuerbaren Energieträger als verpflichtend zu erklären.
- eine Motion von Tabea Bossard-Jenni (EVP) zum Thema Gebäudesanierungen einstimmig angenommen. Die Regierung soll aufzeigen, wie der Kanton seine Ziele der Energiestrategie

2006 im Zusammenhang mit der Abschaffung des Eigenmietwerts erreichen kann.

- gegen Sofortmassnahmen bei einer hohen Ozonbelastung ausgesprochen. Er lehnte eine entsprechende Motion der Grünen deutlich ab.
- eine Richtlinienmotion von Sibylle Plüss-Zürcher (FDP) deutlich angenommen, die eine Verlängerung der vertraglich festgelegten Laufzeit arbeitsmarktlicher Massnahmen (AMM) auf die Dauer von 10 Jahren forderte.
- eine Motion von Claude Grosjean (GLP) deutlich angenommen, die vom Regierungsrat forderte, den Kanton Bern als Standort für Förderstiftungen "möglichst attraktiv" zu machen.
- vom Regierungsrat verlangt, rechtliche Grundlagen für eine kantonale Wohnraumpolitik und eine Unterstützung der Gemeinden bei der Wohnraumförderung zu prüfen. Der Rat überwies eine Motion von Daniel Studer (SP) als Postulat.
- eine Richtlinienmotion von Sandra Schneider (SVP) abgelehnt. Schneider wollte, dass die Regierung untersucht, welche Gemeinden die Voraussetzungen erfüllen, um als Tourismusorte gemäss kantonaler Gesetzgebung ausgewiesen zu werden.
- eine Chip-Pflicht für Katzen verlangt. Er überwies eine breit abgestützte Motion von Casimir von Arx (GLP) mit relativ deutlicher Zustimmung.
- eine Motion von Susanne Clauss (SP) angenommen und sogleich abgeschrieben. Clauss verlangte, dass die Bevölkerung bei der Erstellung des Besucherlenkungskonzepts Längholz miteinbezogen wird.
- Zum Sessionsabschluss möchte ich noch zwei Geschäfte besonders hervorheben: Ein Vorstoss "Ausweitung weiterer Tourismusorte" wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt, mit dem Hauptargument, dass es für die Gemeinden einen Mehraufwand bedeutet. Dafür wurde nach langer Diskussion der Vorstoss "Registrierungs- und Chip-Pflicht für Katzen (GLP)" angenommen. Manchmal sind die Priorisierung der Probleme des Kantons für mich nicht immer nachvollziehbar.

Sessionsfazit

Die Session hinterliess bei mir einen gemischten Eindruck. Obwohl die bürgerlichen Kräfte aus den Wahlen scheinbar gestärkt hervorgegangen sind, wurden wir bei der Wahl ins Grossratspräsidium gerade von diesem Bündnis nicht unterstützt. Dieses Vorgehen werden wir in der Fraktion und in der Parteileitung noch vertieft analysieren müssen. Klar ist bereits heute: Verschiedene Vertrauensverhältnisse wurden dadurch belastet.

Die FDP. Die Liberalen werden ihren eigenen Weg dennoch konsequent weitergehen. Wir werden uns unbeirrt den liberalen Anliegen unserer Wählerschaft widmen und weiterhin für Freiheit, Verantwortung, Leistung und verlässliche Rahmenbedingungen eintreten. Ich gehe deshalb davon aus, dass die Sommerferien politisch noch zahlreiche Gespräche mit sich bringen werden.

Blenden wir die Präsidiumswahl aus, können wir mit den Abstimmungsergebnissen im Rat zufrieden sein. Unsere Erfolgsquote war erneut sehr hoch. Besonders gefreut hat mich auch das aktive Mitwirken unserer neuen Fraktionsmitglieder. Alle Neumitglieder standen mindestens einmal am Rednerpult und haben sich damit von Beginn weg engagiert eingebracht.

Für Fragen oder Anregungen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. Ich bedanke mich herzlich für das Interesse an meinen Sessionsberichten. Ebenso danke ich meinen Fraktionsmitgliedern und dem FDP-Generalsekretariat für das Vertrauen, die Unterstützung und die gute Zusammenarbeit.

Carlos Reinhard, Thun
carlos.reinhard@gr-gc.be.ch